

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 02. Juni 2022 betreffend Maßnahmen gegen steigende Energiepreise

Immer mehr BurgenländerInnen können sich Strom, Heizung und den Weg zur Arbeit kaum mehr leisten. Die Burgenländische Landesregierung setzt deshalb in ihrem Zuständigkeitsbereich bereits aktiv Maßnahmen, um energieautark und damit auch preisautark zu werden. Der Ausbau Erneuerbarer Energien im Burgenland kommt daher auch den BurgenländerInnen finanziell zugute.

Darüber hinaus werden durch den Sozial- und Klimafonds einkommensschwache Haushalte rasch, gezielt und unbürokratisch entlastet. Dieser Fonds wird zu einem großen Anteil durch die neu eingeführte Windkraft- und Photovoltaikabgabe gespeist und ist für 2022 mit rund 15 Millionen Euro dotiert. Ebenfalls wurde seitens der Burgenländischen Landesregierung der Heizkostenzuschuss von 165 Euro auf 400 Euro erhöht.

Die Maßnahmen der Bundesregierung beschränken sich hingegen auf das unfaire und unsoziale „Entlastungspaket“ in Form der „ökosozialen“ Steuerreform sowie die Energiegutscheinaktion nach dem Gießkannenprinzip. Darüber hinaus ist die Bundesregierung mit wichtigen Gesetzen säumig, wie bspw. dem Klimaschutzgesetz. Des Weiteren existieren keine detaillierten Pläne für die Gaszuteilung im Falle eines Lieferstopps seitens Russlands. Darüber hinaus belasten Steuern auf Energie und Treibstoffe sowie die geplante Einführung einer CO₂-Steuer die Haushalte zusätzlich. Daher sollen diese Steuern auf Treibstoffe und Energie ausgesetzt bzw. die geplante CO₂-Steuer nicht umgesetzt werden.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist essentiell, um für die BurgenländerInnen eine nachhaltige und preisstabile Energieversorgung sicherzustellen. Die Burgenland Energie soll daher den Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen weiter vorantreiben, um Preisstabilität und Versorgungssicherheit für die BurgenländerInnen nachhaltig zu gewährleisten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, den Ausbau Erneuerbarer Energien im Sinne der Antragsbegründung weiter voranzutreiben sowie den Einsatz neuer alternativer Energieträger zu prüfen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die Steuern auf Treibstoffe und Energie bis auf weiteres aussetzen sowie von der geplanten Einführung der CO₂-Steuer Abstand nehmen.